

BaWü-Check

Ist das Land für den Ernstfall gewappnet?

Die Inflation treibt die Menschen im Südwesten noch mehr um als die Kriegsgefahr. Dabei warnen Militärs vor ersten Vorboten.

■ Von Annika Grah

STUTTGART. Es sind deutliche Worte, die der Kommandeur des Landeskommandos der Bundeswehr in Baden-Württemberg, Michael Giss, immer wieder in den Mund nimmt. „Es muss jedem hier klar sein, dass wir in einem Zielland eines Gegners leben“, sagte er erst vergangene Woche bei einer Veranstaltung im Landtag. Und: Er sei sicher, dass manche Rakete in Kaliningrad Stuttgart in ihrem Zielcomputer habe. „Das ist hier ein lohnendes militärisches Ziel“, sagt Giss mit Blick auf die hiesige Auto-industrie.

Solche Szenarien scheinen in der breiten Bevölkerung erst langsam anzukommen. So ist im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungsverlage, abzulesen, dass neben wirtschaftlichen Sorgen um Inflation und Gewalt zwar auch die unberechenbare Lage in Europa eine Rolle spielt. In der repräsentativen Umfrage beantworten im April 1023 Menschen ab 18 Jahren Fragen rund um Zivilschutz und Verteidigungsbereitschaft. Aber nur 44 Prozent fürchten, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.



Hört man dem Landeskommandeur Giss zu, gibt es längst Vorboten dafür: „Die hybride Angriffsphase Russlands läuft, und das schon länger“, sagte er schon Anfang des Jahres. Damit sind die Drohnensichtungen über Militärgeländen in Deutschland gemeint, physische Ausspähversuche von Menschen, die sich so genannte kritische Infrastruktur anschauen, die zentral ist für die Energieversorgung in Deutschland, aber auch die steigende Zahl der Cyberangriffe auch auf Behörden, die das Innenministerium vermerkt. Erst jüngst wurde die Webseite der Stadt Stuttgart Ziel einer Attacke – der Angriff wird einer Gruppe mit prorussischem Hintergrund zugeordnet.

Seit einigen Monaten ist Giss deshalb im Land unterwegs, um aufzurütteln. Wer ihm zuhört, bekommt ein ungefähres Bild davon, von welchen Szenarien die Bundeswehr ausgeht. Seit verganginem Jahr gibt es einen sogenannten Operationsplan Deutschland, der regelt, wie Bundeswehr und zivile Behörden im Falle eines Angriffs zusammenarbeiten. Darin geht die Bundeswehr nicht davon aus, dass Deutschland – wie im Kalten Krieg – ein Frontstaat sein könnte. Vielmehr würden

im Falle eines Angriffs auf die Ostflanke der Nato Truppen von hier aus unterstützt. In einer ersten Welle, skizzierte Giss jüngst bei einer Veranstaltung im Landtag, wären das 800 000 Soldaten in zwei Monaten, die mit ihren Fahrzeugen durch Deutschland rollen würden: „Das wird in unser Alltagsleben massiv eingreifen.“



Foto: Lichtgut/Max Kovalenko

„Es ist noch nicht jedem klar, in welcher Lage wir in Deutschland und Westeuropa insgesamt sind.“

Michael Giss,
Landeskommandant
Bundeswehr

In der Landesregierung scheint das inzwischen zu verlangen. Anfang April organisierte Innenminister Thomas Strobl (CDU) eine Gesprächsrunde mit Landkreisen und Vertretern von Kommunen. „Wir müssen uns verteidigungsfähig machen“, sagte Strobl. „Heute bereuen wir es schmerzlich, dass wir nach dem Ende des Kalten Krieges viele Strukturen der militärischen und der zivilen Verteidigung abgebaut haben.“

Die tatsächliche Kriegsgefahr wird von vier von zehn Baden-Württembergern als wahrscheinlich oder eher wahrscheinlich erachtet. Knapp die Hälfte (47 Prozent) hält es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird. Der Rest ist unentschieden. Dreiviertel der Menschen fühlen sich sicher oder sehr sicher in Baden-Württemberg. Gleichzeitig sind nur 38 Prozent der Meinung, dass Baden-Württemberg gut oder sehr gut auf Krisen- oder Katastrophenfälle vorbereitet ist. 51 Prozent sehen das nicht so; der Rest ist unentschieden.

Neun von zehn Baden-Württembergern halten es deshalb für essenziell, dass das Land Notfallpläne ausarbeitet, damit die Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall sichergestellt ist. Ungefähr ebenso viele finden wichtig, dass Polizei, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk besser ausgestattet oder dass Einsatzkräfte regelmäßig aus- und weitergebildet werden. 86 Prozent hätten gern, dass der Staat einen Medikamentenvorrat aufbaut, 75 Prozent finden, dass das Land auch einen Lebensmittelvorrat für die Bevölkerung aufbauen sollte. Zwei Drittel finden außerdem, dass der Staat mehr Schutzräume und Bunker schaffen sollte. Gleichzeitig wünschen sich 78 Prozent regelmäßige Notfallübungen von Behörden und Hilfsorganisationen. 73 könnten sich Katastrophenschutzübungen auch

am Arbeitsplatz und in Schulen vorstellen.

Doch es ist nicht so, als ob sich die Bürger in puncto Krisenvorsorge nur auf den Staat verlassen würden: 58 Prozent der Befragten geben an, mit ihren Lebensmitteln im Notfall zehn Tage durchzukommen, etwas mehr als die Hälfte hat einen Vorrat an Medikamenten zuhause. 64 Prozent hätten im Falle eines Stromausfalls Kerzen, Teelichter und Streichhölzer zur Hand. Doch für eine längere Krise ist die Mehrheit nicht gewappnet. Knapp die Hälfte weiß, ob es in ihrer Region Schutzräume für den Ernstfall gäbe. 13 Prozent würden tatsächlich auch Schutz finden. Der Rest weiß darüber nicht Bescheid. Das Innenministerium hatte zuletzt landesweit noch 220 öffentliche Schutzräume mit etwa 176 000 Plätzen gezählt.

Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung müsse wieder aktiviert werden, fordert der stellvertretende Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks in Baden-Württemberg, Olaf Sandmann. „Der Staat hilft dem Bürger, wenn er die entsprechenden Prioritäten und Kapazitäten hat“, sagte er.

Geht es um die Frage, im Falle eines Angriffs das Land zu verteidigen, ist nur jeder Vierte bereit, selbst zur Waffe zu greifen. Ebenso viele sind unentschlossen und 52 Prozent der Menschen wären nicht bereit, zu kämpfen. Ein Pflichtjahr oder die Reaktivierung der Wehrpflicht würden dreiviertel der Befragten begrüßen. Allerdings sind die meisten (54 Prozent) für ein verpflichtendes Dienstjahr mit der Option, zwischen Bundeswehr und sozialem Bereich zu wählen. 14 Prozent sind dagegen, acht Prozent unentschieden. 60 Prozent der Befragten finden, dass eine Wehrpflicht auch für Frauen gelten sollte.

➔ LEITARTIKEL

BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt. Insgesamt beteiligen sich 45 Tageszeitungen.

Zeitraum Von 16. bis 30. April 2025 wurden in Baden-Württemberg 1023 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus 2023.

Fragebogen Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen mit 14 Fragen aus. *ang*

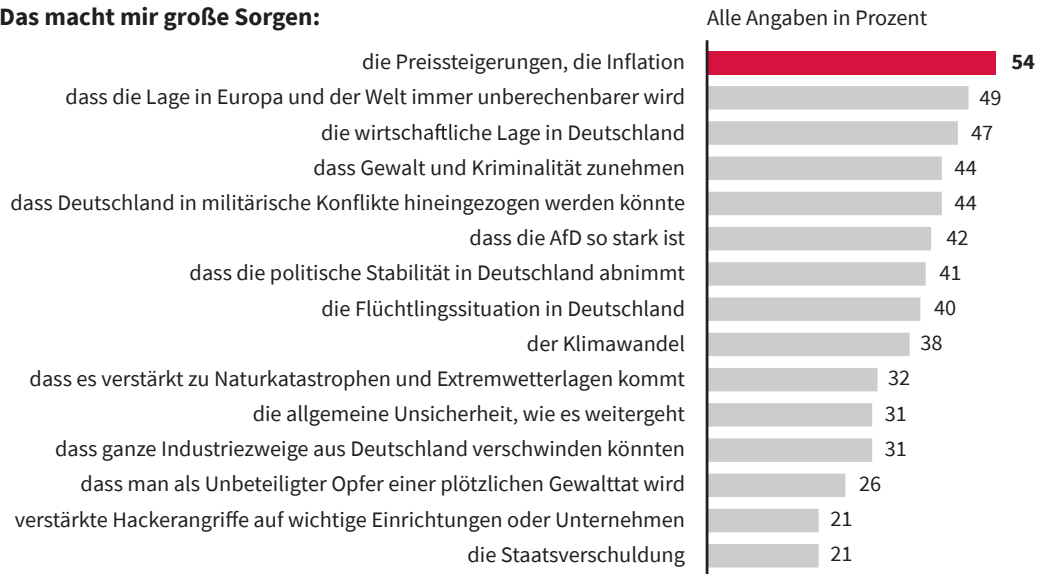


Panzer und Militärfahrzeuge auf einer Autobahn sind ein Bild, das in den Szenarien der Bundeswehr als wahrscheinlich angesehen wird.

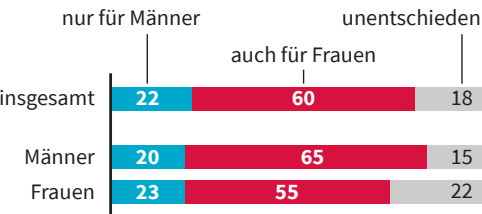
Foto: IMAGO/BildfunkMV

Das beschäftigt die Menschen im Land

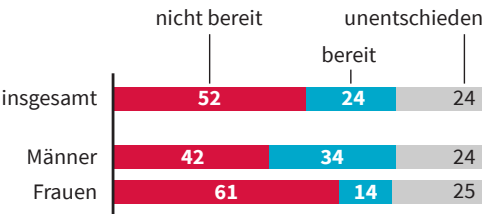
Das macht mir große Sorgen:



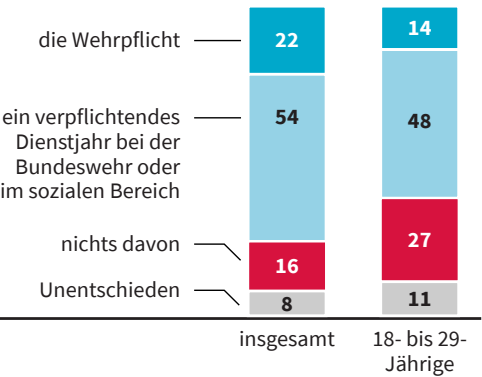
Einmal angenommen, die Wehrpflicht wird wieder eingeführt. Sie sollte gelten:



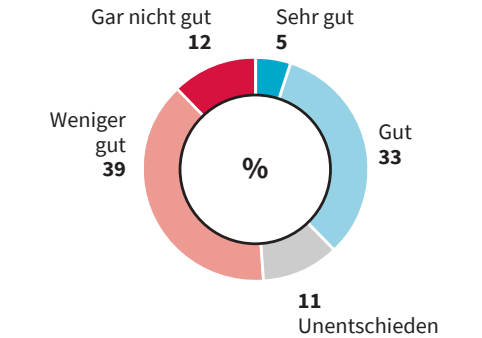
Wären Sie im Falle eines Angriffs bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen?



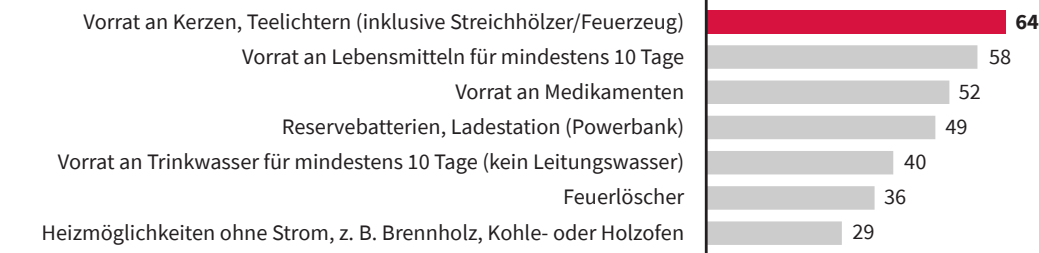
Wehrpflicht oder Dienstjahr – was davon fänden Sie besser? Es sollte in Deutschland eingeführt werden:



Was glauben Sie, wie gut wäre Baden-Württemberg auf einen Krisen- oder Katastrophenfall vorbereitet?



Es gibt offizielle Empfehlungen, wie man sich für Katastrophen und Notfälle vorbereiten kann. Was davon haben Sie zuhause?



Grafik: Locke

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/V